

Statistik informiert ...

Nr. 93/2007

28. August 2007

Insolvenzen in Hamburg und Schleswig-Holstein im ersten Halbjahr 2007 **Deutlicher Rückgang der Unternehmensinsolvenzen und relativ moderate Zunahme der Verbraucherinsolvenzen**

In **Hamburg** sind in der ersten Hälfte dieses Jahres 263 Anträge auf Unternehmensinsolvenzen registriert worden. Das sind 150 Anträge oder gut ein Drittel weniger als noch im ersten Halbjahr 2006. Damit setzte sich der in der Hansestadt seit Anfang 2004 zu beobachtende Trend deutlich sinkender Insolvenzzahlen bei Unternehmen fort, der lediglich im ersten Halbjahr 2006 unterbrochen worden war. Die voraussichtliche Höhe der Forderungen der Gläubiger – und damit der potentielle wirtschaftliche Schaden – nahm ebenfalls deutlich ab, und zwar von 257 Mio. auf 138 Mio. Euro. Die durchschnittliche Forderungshöhe je Insolvenzfall betrug damit 0,5 Mio. Euro. Mit 654 Beschäftigten waren auch deutlich weniger Arbeitnehmer betroffen als noch im ersten Halbjahr 2006; damals hatte noch 2 248 Beschäftigten der Verlust des Arbeitsplatzes gedroht. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2006 waren in den ersten sechs Monaten diesen Jahres nicht nur weniger, sondern – gemessen an den Indikatoren „Durchschnittliche Anzahl der betroffenen Beschäftigten“ und „Durchschnittliche Forderungshöhe“ – auch vergleichsweise kleinere Unternehmen von Firmenpleiten betroffen.

Wie das Statistikamt Nord weiter mitteilt, war – wie schon in den Vorjahren – der von Unternehmensinsolvenzen am stärksten betroffene Wirtschaftszweig der Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ mit 70 Pleiten, das sind 46 Prozent weniger als im Vorjahr. Nach diesem Wirtschaftszweig folgen der Handel mit 66 (minus 26 Prozent) und das Baugewerbe mit 35 Insolvenzen (minus 39 Prozent). Das Risiko, den Gang zum Insolvenzgericht antreten zu müssen, war für relativ junge Unternehmen am höchsten: jeweils 26 Fälle bzw. jeweils rund zehn Prozent der Anträge stammten von Unternehmen, die im Jahr 2005 bzw. 2004 gegründet worden waren.

Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnen auch privaten Schuldnerinnen und Schuldner die Möglichkeit einer Restschuldbefreiung. Das Interesse an dieser Möglichkeit der Entschuldung ist nach wie vor hoch. Waren im ersten

b. w.

– Verbreitung mit Quellenangabe erwünscht –

Statistisches Amt
für Hamburg und Schleswig-Holstein
Anstalt des öffentlichen Rechts

Sitz Hamburg
Standorte: Hamburg und Kiel
Internet: www.statistik-nord.de

D-20457 Hamburg, Steckelhörn 12
Telefon: 040 42831-0, Fax: 040 42831-1700
E-Mail: poststelle@statistik-nord.de

D-24113 Kiel, Fröbelstraße 15-17
Telefon: 0431 6895-0, Fax: 0431 6895-9498
E-Mail: poststelleSH@statistik-nord.de

Vorstand:
Dr. Wolfgang Bick, Dr. Hans-Peter Kirschner

Bankverbindung:
HSH-Nordbank AG
BLZ: 210 500 00
Kontonummer: 1000345057

Halbjahr 2006 noch 1 311 Anträge auf Verbraucherinsolvenz registriert worden, so entschied das Hamburger Insolvenzgericht in den ersten sechs Monaten dieses Jahres über 1 492 Anträge. Damit nahm die Zahl der Verbraucherinsolvenzen in der Hansestadt zwar weiterhin um 14 Prozent zu, aber der Anstieg war nicht mehr so stark wie in den letzten drei Jahren. Die Summe der voraussichtlichen Forderungen gegenüber Verbrauchern liegt bei knapp 68 Mio. Euro. Pro Insolvenzfall ergibt sich eine durchschnittliche Forderungshöhe von gut 45 000 Euro. Gegenüber dem ersten Halbjahr 2006 bedeutet dies einen Rückgang um rund 3 000 Euro.

In **Schleswig-Holstein** hat sich der seit 2005 zu beobachtende Trend rückläufiger Unternehmensinsolvenzen fortgesetzt. So wurden im ersten Halbjahr 2007 mit 562 Anträgen 18 Prozent weniger Firmenpleiten registriert als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Damals waren noch 688 Insolvenzfälle gemeldet worden. Der potentielle wirtschaftliche Schaden sank auf etwa die Hälfte. Während die Insolvenzgerichte für das erste Halbjahr 2006 noch 350 Mio. Euro gemeldet hatten, waren für die ersten sechs Monate 2007 nur 177 Mio. Euro zu verzeichnen. Damit lag die durchschnittliche Forderungshöhe je Unternehmensinsolvenz im ersten Halbjahr dieses Jahres bei rund 0,3 Mio. Euro; im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es immerhin 0,5 Mio. Euro gewesen. Die Zahl der betroffenen Beschäftigten sank dagegen nur geringfügig von 2 392 im ersten Halbjahr 2006 auf jetzt 2 313.

Der von den Unternehmensinsolvenzen am stärksten betroffene Wirtschaftszweig war der Bereich Handel. Nach einem starken Rückgang im ersten Halbjahr 2006 stieg dort die Zahl der Insolvenzen von 123 auf 139 (plus 13 Prozent). 109 Insolvenzanträge (minus 27 Prozent) betrafen den Wirtschaftszweig „Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“. Für das Baugewerbe ist mit 98 Insolvenzen ebenfalls eine deutliche Abnahme der Firmenpleiten um 50 Fälle (minus 34 Prozent) zu verzeichnen. Auch in Schleswig-Holstein war das Risiko einer Insolvenz für junge Unternehmen vergleichsweise hoch – am häufigsten stellten Unternehmen mit dem Gründungsjahr 2004 einen Insolvenzantrag. In 56 Fällen (oder zehn Prozent) mussten Unternehmen, die rund drei Jahre alt waren, in den ersten sechs Monaten dieses Jahres den Gang zum Insolvenzgericht antreten.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag für die ersten sechs Monate 2007 bei 2 328, während im ersten Halbjahr 2006 dagegen 2 017 Verbraucherinsolvenzen gezählt worden waren. Dies entspricht einer Zunahme um 15 Prozent. Damit ist bei den schleswig-holsteinischen Verbraucherinsolvenzen erstmals seit dem Jahr 2002 ein vergleichsweise moderater Zuwachs zu registrieren: So waren beispielsweise in der ersten Hälfte 2005 noch 61 Prozent mehr Anträge gemeldet worden und in den ersten sechs Monaten des Jahres 2006 sogar 74 Prozent mehr Verbraucherinsolvenzen. Die voraussichtlichen Forderungen gegenüber Verbrauchern betragen 131 Mio. Euro. Die mögliche Schadenshöhe je Verbraucherinsolvenz lag damit bei rund 56 000 Euro, was einem Rückgang um knapp 3 000 Euro gegenüber dem ersten Halbjahr 2006 entspricht.

Sowohl die Verbraucher- als auch die Unternehmensinsolvenzzahlen entwickelten sich regional sehr unterschiedlich. Die Unternehmensinsolvenzen gingen in den Kreisen um mehr als ein Fünftel (22 Prozent) zurück, in den

kreisfreien Städten lediglich um fünf Prozent; gleichzeitig stieg die Zahl der Verbraucherinsolvenzen in den kreisfreien Städten mit 22 Prozent etwas stärker als in den Kreisen mit 13 Prozent. Der Zuwachs bei den kreisfreien Städten beruht vor allem auf dem Anstieg der Fallzahlen in der Landeshauptstadt Kiel – nach 170 Anträgen im ersten Halbjahr 2006 waren jetzt 281 Verbraucherinsolvenzen zu verzeichnen. Das entspricht einer Zunahme um 65 Prozent. Bei den Kreisen wurden die höchsten Zuwächse für Segeberg (plus 77 Prozent), Pinneberg (plus 54 Prozent) und Steinburg (plus 42 Prozent) gemeldet.

Weitere Angaben – für Schleswig-Holstein auch Verbraucher- und Unternehmensinsolvenzen auf Kreisebene – sind auch im Internet zu finden.

Ansprechpartnerin:

Dr. Margarete Haberhauer
Telefon: 0431 6895-9252
E-Mail: margarete.haberhauer@statistik-nord.de